

# Eine weitere Protestaktion

Protest gegen die Ortsumfahrung in Staufen reißt nicht ab / Thema im Gemeinderat

**Staufen. Die Vorarbeiten für den Bau der Fahrradunterführung beim Kreisverkehr Grunerner Straße im Rahmen des zweiten Bauabschnitts der Ortsumfahrung haben begonnen. Trotzdem gibt es weiterhin Protestaktionen. In der jüngsten Ratssitzung stellten Mitglieder der „Initiative offene Landschaft“ Fragen an Bürgermeister Michael Benitz und die Gemeinderäte, woraufhin heftig diskutiert wurde.**

Obwohl der Planfeststellungsbeschluss für den Bau der großen Staufener Ortsumfahrung seit März 2015 rechtskräftig und unanfechtbar ist und die Finanzmittel für den zweiten Bauabschnitt in Höhe von 4,9 Millionen Euro vom Verkehrsministerium in Stuttgart aufgrund der aktualisierten Verkehrsprognose des Regierungspräsidiums freigegeben wurden, hört der Protest einiger Bürger gegen das Projekt nicht auf.

Vertreter der „Initiative offene Landschaft“ nutzten in der jüngsten Gemeinderatssitzung den Tagesordnungspunkt „Bürgerfrageviertelstunde“, um ihre als Fragen



**Ist das Müll oder Kunst? Wegen einer Installation gegen den Weiterbau der Staufener Ortsumfahrung gab es Beschwerden aus der Bürgerschaft.**

Foto: sbf

formulierten Einwände vorzubringen. Wie man den Bau dieser nicht mehr zeitgemäßen Straße nachfolgenden Generationen gegenüber rechtfertigen und den Eingriff in die Landschaft sowie Kosten von rund 5 Millionen Euro wegen 9.000 Fahrzeugen täglich vertreten wolle, wurde gefragt. „Wer hat das damals beschlossen?“, lautete eine inquisitorische Frage nach den

durch ihre Zustimmung für das Projekt verantwortlichen Ratsmitgliedern.

Die Entscheidung für die große Umfahrung sei im Januar 2014 mit einer klaren Mehrheit von 18 zu 6 Stimmen im Gemeinderat gefallen, erklärte Bürgermeister Michael Benitz. Das Verkehrsministerium unter einem grünen Minister sei zu dem Schluss gekommen, das Pro-

jekt umzusetzen. Mit dem gerichtlichen Vergleich, der die Umfahrung in zwei Bauabschnitte geteilt habe, sei man „um des lieben Friedens willen“ den Kritikern entgegengekommen. „Demokratische Beschlüsse sollten umgesetzt werden“, betonte Benitz und forderte die Initiative auf, den „Müll“ auf einem privaten Grundstück zwischen Staufen und Grunern, über den sich Anwohner beschwert hätten, umgehend zu entsorgen.

Die Diskussion hatte eine Fortsetzung am Ende der Sitzung beim Punkt „Verschiedenes“. Monia Mainberger (ULS/Grüne) wollte wissen, was mit Briefen von Bürgern gegen den Bau des zweiten Bauabschnittes passiert, ob vernünftige Argumente beantwortet würden, und sah weiterhin Diskussionsbedarf. Dem konnten sich Heinrich Ullmann (FW) und einige andere Ratsmitglieder nicht anschließen. „Wenn demokratische Mehrheitsentscheidungen nicht akzeptiert und immer wieder in Frage gestellt werden, gefährdet das den Rechtsfrieden und untergräbt die Demokratie“, warnte Ullmann.

**Sabine Brandenburg-Frank**